Hennef
DER BÜRGERMEISTER

Beschlussvorlage

Amt:	Zentrale Steuerung und Service	**TOP:** _____
Vorl.Nr.:	V/2023/3859	**Anlage Nr.:** _____
Datum:	02.02.2023	

Gremium	Sitzung am	Öffentlich / nicht öffentlich
Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss	13.02.2023	öffentlich

Tagesordnung

Wiedereinführung einer Ombudsstelle für Hennef, Antrag der Fraktion "Die Fraktion" vom 18.01.2023.

Beschlussvorschlag

Die Ombudsstelle wird wieder eingerichtet. Die Ombudsfrauen und –männer stehen den Flüchtlingen in den Notunterkünften und den kommunal zugewiesenen Flüchtlingen als Ansprechpartner nach Maßgabe der im Begründungstext näher bezeichneten Konditionen für ihre Anliegen zur Verfügung.

Begründung

Mit Datum vom 18.01.2023 beantragte die Fraktion „Die Fraktion“ die Wiedereinführung einer Ombudsstelle für Asylsuchende in Unterkünften städtischer Trägerschaft. Eine mitarbeitende Person in der Ombudsstelle sollte die russische bzw. ukrainische Sprache sprechen.

Die Verwaltung hat bereits in der Vergangenheit ein Regularium für die Arbeit der Ombudsstelle erarbeitet. Dieses Regularium könnte erneut Anwendung finden.

Die seinerzeit mit der Arbeit als Ombudspersonen Betrauten wurden mangels Nachfrage von ihrer Aufgabe entbunden.

Eine Nachfrage nach dem Unterstützungsangebot von Seiten der Asylsuchenden ist aktuell noch nicht zu verzeichnen.

Die Ombudsstelle hat sich in der Vergangenheit als Einrichtung etabliert und fungierte als solche auch als Zeichen für die integrative Haltung der Stadt zu den geflüchteten Mitbürgerinnen und Mitbürgern.

Wegen ihrer Neutralität und Weisungsfreiheit kann sie wirksam gegenüber der Stadt als auch gegenüber den Hilfesuchenden agieren und hatte sich in dieser Konstellation bereits bewährt.

Da die Ombudsleute ihre Tätigkeit ehrenamtlich wahrnehmen, sind mit der erneuten Einrichtung keine erheblichen Kosten verbunden. In Absprache mit den Ombudspersonen wird deren Aufwand erstattet.

Hennef (Sieg), den 02.02.2023

Mario Dahm
Bürgermeister